

Iniciativa Regiones – Förderung der wirtschaftlichen und gesundheitlichen Teilhabe besonders vulnerablen Flüchtlinge und Migranten*innen sowie der Aufnahmegemeinschaften in Kolumbien.

Projektnummer 2024.2100.6

Inhalt

Abkürzungsverzeichnis	iii
1. Kurzbeschreibung	1
2. Einordnung des Moduls	2
2.1 Einordnung des Moduls in das EZ-Programm bzw. den strategischen Rahmen	2
2.2 Andere Entwicklungsmaßnahmen im konkreten Interventionsbereich des Moduls	3
3. Problem- und Potentialanalyse (bezogen auf das Modul)	5
4. Ziele, Wirkungshypothesen, Indikatoren und Partner des Moduls	7
4.1 Ziele, Zielgruppe, Wirkungshypothesen und Indikatoren	7
4.2 Träger und Partnerstruktur	9
5. Gestaltung des Moduls	11
5.1 Methodischer Ansatz und Laufzeit	11
5.2 Sicherstellung der nachhaltigen Wirksamkeit der Maßnahmen (Outcomes)	15
5.3 Partnerleistungen, Kombifinanzierung	16
5.4 Auftragswert und detaillierte Kostenschätzung	16
6. Bewertung der Wirkungen und der Risiken des Moduls	16
6.1 Bewertung der Wirkungen	16
6.2 Bewertung der Risiken für die Wirksamkeit des Moduls	18
6.3 Testat	21
A Anlagen	
A1 Wirkungsmatrix	
A2 Wirkungslogik	
A3a Kostenschätzung und Mittelabfluss nach Haushaltsjahren	
A3b Kosten-Output-Zuordnung	
A4a Kennungen	
A4b Standardindikatoren	
A4c Maßnahmenbeschreibung	
A5 Genderanalyse	

Projektnummer 2024.2100.6

Abkürzungsverzeichnis

APC	<i>Agencia Presidencial de Cooperación Internacional de Colombia</i> Präsidiale Behörde für internationale Zusammenarbeit
GBV	Geschlechtsbasierte Gewalt
FEP	Feministische Entwicklungspolitik
KKU	Kleinst- und kleine Unternehmen
LNOB	<i>Leave-No-One-Behind</i> Niemanden zurücklassen
LSBTQI+	Lesbische, Schwule, Bisexuelle, Transgender, Queere und Intersex und andere Personen, die sich dem Dachbegriff der sexuellen- und Genderdiversität zugehörig fühlen
MinIgualdad	<i>Ministerio de Igualdad y Equidad</i> Ministerium für Gleichberechtigung und Gleichstellung
MmB	Menschen mit Behinderungen
NRO	Nicht-Regierungsorganisation
QM	Qualitätsmerkmal
SFF	Studien- und Fachkrätefonds
SGBV	<i>Sexualized and gender based violence</i> Sexualisierte und geschlechtsbasierte Gewalt
SRG	Sexuelle und reproduktive Gesundheit
SRGR	Sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte
STD	<i>Sexually transmittable disease</i> Sexuell übertragbare Krankheit
3 R-Modell	Ressourcen, Repräsentanz, Rechte

Projektnummer 2024.2100.6

1. Kurzbeschreibung

Modultitel	Iniciativa Regiones - Unterstützung zur sexuellen Selbstbestimmung und reproduktiver Gesundheit für Flüchtlinge und Migranten*innen in aufnehmenden Gemeinden in Kolumbien
Kernthema	Frieden und gesellschaftlicher Zusammenhalt
Aktionsfeld (ggf. Initiativthema)	Flucht und Migration
Gestaltungsspielraum	☐ ja ☒ nein
EZ-Programm	„PazSostenible – Nachhaltige Friedensordnung in Kolumbien“
EZ-Programmziel / strategischer Bezug	Kernthemenstrategie „Frieden und gesellschaftlicher Zusammenhalt“ insbesondere Aktionsfeld 3 „Flucht und Migration“, „Strategie Feministische Entwicklungspolitik“, „Dritter entwicklungspolitischer Aktionsplan zur Gleichstellung der Geschlechter“, BMZ-Positionspapier „Perspektiven mit Lateinamerika und der Karibik“
Kernproblem	Die inklusive Teilhabe von Migrant*innen und besonders vulnerablen Mitgliedern aufnehmender Gemeinden ist aufgrund von Barrieren beim Zugang zu inklusiven Beschäftigungs- und Einkommensmöglichkeiten, zu zielgruppenspezifischen sexuellen und reproduktiven Gesundheitsdienstleistungen und zu effektivem Schutz vor geschlechtsbasierter Gewalt erheblich eingeschränkt.
Modulziel	Die inklusive Teilhabe von Migrant*innen, Frauen, LSBTQI+-Personen, Menschen mit Behinderungen und anderen besonders vulnerablen Mitgliedern aufnehmender Gemeinden in Kolumbien ist gestärkt.
Beitrag zur nationalen Umsetzung der Agenda 2030	Beitrag zum nationalen Entwicklungsplan (2023-2026): wirtschaftliche Teilhabe und Gleichstellung der Geschlechter für Gerechtigkeit, Frieden und Verringerung von Ungleichheiten.
Zielgruppe	Migrant*innen, u.a. aus Venezuela, und vulnerable Mitglieder aufnehmender Gemeinden mit Fokus auf Frauen und Mädchen, Jugendlichen, lesbische, schwule, bisexuelle, Trans-, queere und Intersex und andere Personen, die sich dem Dachbegriff der sexuellen- und Genderdiversität zugehörig fühlen (LSBTQI+-Personen und Menschen mit Behinderungen (MmB)).
Politische(r) Träger	Präsidiale Behörde für internationale Zusammenarbeit (<i>Agencia Presidencial de Cooperación Internacional de Colombia, APC</i>)
Methodischer Ansatz (inkl. Instrumente)	Kooperationen mit privatwirtschaftlichen Unternehmen sowie Förderungen von Kleinst- und Kleinunternehmertum; Sensibilisierung relevanter
	Akteure zu Barrieren und Bedarfen in den jeweiligen Outputs; <i>Capacity Development</i> von Mittlern und Zielgruppen. Eingesetzt werden 4 nationale LZFK (z. T. anteilig), eine internationale LZFK

Projektnummer 2024.2100.6

	(anteilig), Finanzierungen bis zu 607.646 EUR sowie Sachgüter bis zu 131.000 EUR.
Wesentliche Outputs	1) Inklusive Beschäftigungs- und Einkommensmöglichkeiten für besonders vulnerable Bevölkerungsgruppen sind verbessert. 2) Der Zugang zu zielgruppenspezifischen sexuellen und reproduktiven Gesundheitsdienstleistungen und Rechten ist für besonders vulnerable Bevölkerungsgruppen verbessert. 3) Der Zugang zu zielgruppenspezifische, nicht-staatliche und staatliche Angebote zur Prävention geschlechtsbasierter Gewalt ist verbessert.
Kooperationen, gebergemeinschaftlicher Ansatz	Keine
Auftragswert	Bis zu 3.750.000 EUR
Laufzeit	Von 07/2025 bis 06/2028 (3 Jahre)
Förderregion und Länder	Entfällt

2. Einordnung des Moduls

2.1 Einordnung des Moduls in das EZ-Programm bzw. den strategischen Rahmen

Bei dem geplanten Modul handelt es sich um eine Einzelmaßnahme, die Teil des EZ-Programms „PazSostenible - Nachhaltige Friedensordnung in Kolumbien“ ist. Das geplante Modul ist der BMZ-Kernthemenstrategie „Frieden und gesellschaftlicher Zusammenhalt“ zugeordnet und fokussiert auf Aktionsfeld 3 „Flucht und Migration“. Schwerpunkte des Moduls sind Menschenrechte, Geschlechtergleichstellung, Unterstützung vulnerabler Gruppen und langfristige Perspektiven für Migrant*innen. Mit einem intersektionalen, gendertransformativen Ansatz (GTA) folgt der Vorschlag der „Strategie Feministische Entwicklungspolitik“ und dem „Dritten entwicklungspolitischen Aktionsplan zur Gleichstellung der Geschlechter“ (2023–2027). Ziel ist es, Macht- und Diskriminierungsstrukturen beim Zugang zu Beschäftigung und Gesundheitsdiensten für besonders vulnerable Gruppen abzubauen. Dies entspricht dem BMZ-Positionspapier „Perspektiven mit Lateinamerika und der Karibik“, das den gleichberechtigten Zugang zu Rechten, Ressourcen und Repräsentation besonders vulnerabler Gruppen betont. Mit seiner Ausrichtung auf besonders vulnerable Gruppen fügt sich das Modul in die Team Europe Initiative „Frieden“ in Kolumbien (TEI-Nummer 095), den EUAktionsplan für Gleichstellung der Geschlechter und die Stärkung der Rolle der Frau im auswärtigen Handeln (GAP III, 2021–2025) und in die EU-Strategie für die Gleichstellung von LSBTQI+-Personen (2020–2025) ein.

Projektnummer 2024.2100.6

2.2 Andere Entwicklungsmaßnahmen im konkreten Interventionsbereich des Moduls

Das Vorhaben wurde komplementär zu anderen Vorhaben konzipiert, deren verbindende Themen insbesondere in der Unterstützung psychosozialer Gesundheitsförderung, der Geschlechtergerechtigkeit und der sozioökonomischen Integration liegen. Das TZ-Modul „Pacífico Integra – Wirtschaftliche Teilhabe von binnenvertriebenen Frauen, LSBTQI+-Personen und Frauen aus aufnehmenden Gemeinschaften in Kolumbien“ (PN 2024.4066.7) zielt auf die Überwindung geschlechtsspezifischer Barrieren bei der Einkommensgenerierung ab, zum Beispiel durch Beschäftigungsförderung, Unternehmertum und Mikrokredite. Es werden Synergien im Bereich wirtschaftliche Teilhabe und Gesundheit benachteiligter Zielgruppen erzielt (Outcome-Ebene). Das TZ-Modul „PazDiversa – Stärkung von Gleichberechtigung und Teilhabe zur Förderung des Friedens in Kolumbien“ (PN 2022.2034.1) verbessert die politische Partizipation von Frauen und LSBTQI+-Personen, stärkt ihre sozioökonomische Autonomie und fördert ihre Rechte als Beitrag zur Friedensförderung. Synergien werden bei der wirtschaftlichen Teilhabe und dem Schutz vor Geschlechtsbasierter Gewalt (GBV) benachteiligter Zielgruppen erwartet (Outcome-Ebene).

Das TZ-Modul „SI Frontera - Unterstützung der Aufnahmegemeinden für geflüchtete Menschen in den Grenzregionen von Kolumbien, Ecuador und Peru“ (PN 2018.4957.9) stärkt staatliche und zivilgesellschaftliche Handlungsträger, um die Integration von Geflüchteten und aufnehmenden Gemeinden sozialverträglich und arbeitsmarktgerecht zu gestalten. Synergien sind hier bei der Stärkung der Durchführungspartner auf nationaler Ebene und auf Department-Ebene Norte de Santander und Valle de Cauca zu erwarten (Outcome-Ebene).

Das Globalvorhaben „FAST - Feminismus in Aktion für Strukturelle Transformation“ (PN 2023.2204.8) integriert feministische Prinzipien in staatliche und zivilgesellschaftliche Strukturen. Hier werden Synergien in der Entlastung von Frauen von unbezahlter Pflege- und Sorgearbeit als Grundvoraussetzung für ihre wirtschaftliche Teilhabe erwartet (Outcome-Ebene)

Das Globalvorhaben „Sport für Entwicklung“ (PN 2022.2019.2) setzt Sport als Mittel zur Förderung von Gleichstellung, gesellschaftlichem Zusammenhalt und Beschäftigungsförderung für vulnerable Jugendliche ein. Hier liegen die zu erwartenden Synergien in der Förderung von Gleichstellung, gesellschaftlichem Zusammenhalt und Beschäftigungsförderung (Outcome-Ebene).

Der Studien- und Fachkräftefonds (SFF) fördert mit der Einzelmaßnahme „Prävention und Schutz von Frauen, Mädchen und LSBTQI+ Personen vor geschlechtsbasierter Gewalt“ (PN 2022.2035.8-006) staatliche und nichtstaatliche Einrichtungen bei der Anpassung von Schutzprogrammen für vulnerable Gruppen. Er ist in die ¡LIBRES!-Maßnahme der Europäischen Union (3,8 Mio. EUR) mit Beiträgen von AECID (1,7 Mio. EUR) und AFD /

Projektnummer 2024.2100.6

Expertise France (1,1 Mio. EUR) eingebettet, das zudem zum Ziel hat, die wirtschaftliche Autonomie von Frauen zu stärken. Im Bereich wirtschaftliche Teilhabe und Schutz vor GBV benachteiligter Zielgruppen werden Synergien erwartet (Outcome-Ebene).

Das Vorhaben Paz Restaurativa (PN 2024.2102.2) stärkt die Friedenskultur durch Programme zur Prävention von Gewalt und Kriminalität, mit besonderem Fokus auf Jugendliche und Frauen. Hier liegen die Synergien in der Stärkung der gesellschaftlichen Kohäsion und Abnahme jugendlicher Gewalt in den Zielgemeinden (Impact-Ebene).

Das von AFD / Expertise France durchgeführte Projekt „*Mujeres echando raíces*“ verbessert die sozioökonomische Integration venezolanischer Migrant*innen und Frauen aus Aufnahmegemeinden in Cali durch Wohnraum, berufliche Eingliederung, Gewaltprävention und Maßnahmen zur sexuellen und reproduktiven Gesundheit. Synergien werden bei der wirtschaftlichen Teilhabe und dem Schutz vor GBV benachteiligter Zielgruppen erwartet.

Es werden keine negativen Wechselwirkungen erwartet und durch geteiltes Personal sowie gemeinsame, komplementäre Implementierungen eine erhöhte Wirtschaftlichkeit angestrebt. Der Rückzug der USA haben eine erhebliche Finanzierungslücke hinterlassen, die zivilgesellschaftliche Organisationen in ihrer Arbeit einschränkt und das internationale Hilffssystem sehr belastet. Weitere Vorhaben im Interventionsbereich stehen daher unter Vorbehalt.

Es werden keine negativen Wechselwirkungen erwartet.

Geber	Vorhaben	Erwartete Synergien auf den Wirkungsebenen
BMZ	Pacifico Integra	Wirtschaftliche Teilhabe und Gesundheit benachteiligter Zielgruppen (Outcome-Ebene).
BMZ	Paz Diversa	Wirtschaftliche Teilhabe und Schutz vor GBV benachteiligter Zielgruppen (Outcome-Ebene).
BMZ/EU	SI Frontera	Stärkung der Durchführungspartner auf nationaler Ebene (<i>Dirección para Población Migrante, Ministerio de Igualdad y Equidad</i>), sowie auf Department-Ebene Norte de Santander und Valle de Cauca (Outcome-Ebene).
BMZ	FAST	Entlastung von Frauen von unbezahlter Pflege- und Sorgearbeit als Grundvoraussetzung für ihre wirtschaftliche Teilhabe (Outcome-Ebene).
BMZ	Sport für Entwicklung	Förderung von Gleichstellung, gesellschaftlichem Zusammenhalt und Beschäftigungsförderung (Outcome-Ebene).
EU, AE-CID, AFD / Expertise	¡LIBRES! / Prävention und Schutz vor geschlechtsbasierter Gewalt	Wirtschaftliche Teilhabe und Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt benachteiligter Zielgruppen (Outcome-Ebene).
France		

Projektnummer 2024.2100.6

BMZ		
BMZ	Paz Restaurativa	Gestärkte gesellschaftliche Kohäsion und Abnahme jugendlicher Gewalt in den Zielgemeinden (Impact-Ebene).
AFD/Expertise France	<i>Mujeres echando raíces</i>	Wirtschaftliche Teilhabe und Schutz vor GBV benachteiligter Zielgruppen (Outcome-Ebene).

3. Problem- und Potentialanalyse (bezogen auf das Modul)

Ausgangssituation im Interventionsbereich:

Mit der Aufnahme von mehr als 2,81 Millionen Menschen aus Venezuela ist Kolumbien eines der Hauptaufnahmeländer weltweit. Hinzu kommen zahlreiche Geflüchtete und Migrant*innen anderer Nationalitäten, die Kolumbien als Transitland nutzen. Zudem waren Ende 2023 6,9 Millionen Kolumbianer*innen im eigenen Land auf der Flucht, über 115.000 Kolumbianer*innen beantragten im selben Jahr außerhalb des Landes Asyl, viele in Spanien.

Cali, Hauptstadt des Departments Valle del Cauca, ist mit rund 130.000 Personen eine zentrale Aufnahmestadt für venezolanische Migrantinnen sowie Binnenvertriebene, insbesondere aus der Pazifikregion. Unter dem Begriff „Migrantinnen“ werden auch Flüchtlinge, Geflüchtete, Asylsuchende und Rückkehrende gefasst (siehe Kapitel 4.1). Die Region ist von wiederkehrenden – teils gewaltsamen – Konflikten betroffen, die Sicherheitslage bleibt volatil. Lokal besteht das Risiko von Erpressung durch kriminelle Gruppen. Cali steht vor der Herausforderung, die inklusive Teilhabe vulnerabler Gruppen am gesellschaftlichen Leben und Arbeitsmarkt zu fördern. Besonders betroffen sind Frauen, Jugendliche, LSBTQI+-Personen, ethnische Minderheiten wie indigene und afrokolumbianische Menschen sowie Menschen mit Behinderungen (siehe Kapitel 4.1), die oft Mehrfachdiskriminierung erfahren.

Die wirtschaftliche Integration dieser Gruppen gestaltet sich schwierig. Die generelle Arbeitslosigkeit ist hoch, besonders bei Frauen. 2020 lag das Einkommensgefälle zwischen Männern und Frauen in Valle de Cauca bei über 20 %, der zweithöchste Wert landesweit. Ursachen sind u. a. die ungleiche Verteilung von Care-Arbeit. Viele alleinerziehende Mütter finanzieren sich über Kleinst- und Kleinunternehmen. Venezolanische Frauen arbeiten häufig in prekären, informellen Jobs, LSBTQI+-Personen erleben starke Diskriminierung, und nur 15 % der Menschen mit Behinderungen sind erwerbstätig – es mangelt an Barrierefreiheit und sensibilisierten Arbeitgebern. Eine koordinierte Zusammenarbeit von Institutionen, Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft fehlt meist ebenso wie gezielte Maßnahmen: Qualifizierungen, Anerkennung von Abschlüssen, Antidiskriminierung, inklusive Arbeitsplätze und Zugang zu Mikrokrediten. Die wirtschaftliche Ausgrenzung schwächt das Vertrauen in den Staat.

Projektnummer 2024.2100.6

Ein weiteres Problem ist der eingeschränkte Zugang zu sexueller und reproduktiver Gesundheit (SRG). Etwa 19,3 % der Jugendlichen (15–19 Jahre) haben keinen Zugang zu modernen Verhütungsmitteln, die Adoleszenz-Geburtenrate liegt bei 53,4 pro 1.000. Migrant*innen, LSBTQI+-Personen und Menschen mit Behinderungen fehlt häufig ein diskriminierungsfreier, bedarfsgerechter Zugang zu Gesundheitsdiensten – verursacht durch mangelnde Informationen, Diskriminierung und unzureichende Sensibilisierung des Personals. Familienplanungs- und Verhütungsberatung kann ungewollte Schwangerschaften, sexuell übertragbare Krankheiten (STDs) und krankheitsbedingte Arbeitsausfälle verhindern.

Sexualisierte und geschlechtsbasierte Gewalt (SGBV) ist in Kolumbien ein gravierendes Problem. Zwischen 2018 und 2021 stiegen die gemeldeten Fälle gegen Venezolaner*innen in Cali um 71 %. Auch häusliche Gewalt und sexuelle Übergriffe nehmen zu. 2024 wurden im Valle del Cauca 12 Femizide und 6 Morde an LSBTQI+-Personen registriert, in Cali 11 bzw. 7 Fälle. Besonders gefährdet sind Migrantinnen, LSBTQI+-Personen, Jugendliche und Menschen mit Behinderungen, die häufig sexueller Ausbeutung oder Zwangsehen ausgesetzt sind. Die Datenlage ist lückenhaft – insbesondere bei LSBTQI+- und anderen marginalisierten Gruppen. Trotz gesetzlicher Rahmen wie dem Aktionsplan 1325 und dem 2023 ausgerufenen Notstand fehlen gezielte, niedrigschwellige Schutzmaßnahmen. Stigmatisierung, fehlender Zugang zu Unterstützung, geringe staatliche Präsenz und unzureichende Strafverfolgung führen dazu, dass viele Betroffene Übergriffe nicht melden. Präventionsprogramme gehen oft nicht auf die besonderen Diskriminierungserfahrungen vulnerabler Gruppen ein.

Herleitung des Modulziels: Die inklusive Teilhabe von Migrant*innen und besonders vulnerablen Mitgliedern aufnehmender Gemeinden ist aufgrund von Barrieren beim Zugang zu inklusiven Beschäftigungs- und Einkommensmöglichkeiten, zu zielgruppenspezifischen sexuellen und reproduktiven Gesundheitsdienstleistungen und zu effektivem Schutz vor geschlechtsbasierter Gewalt erheblich eingeschränkt (Kernproblem). Daher zielt das Modul darauf ab, die inklusive Teilhabe dieser besonders vulnerablen Gruppen durch eine verbesserte wirtschaftliche Autonomie, den Zugang zu sexuellen und reproduktiven Gesundheitsdienstleistungen und Rechten sowie Schutzmaßnahmen vor SGBV zu stärken (Modulziel).

Ursachen und Bewertung der Veränderbarkeit: Der eingeschränkte Zugang zu Beschäftigung, Einkommen sowie sexuellen und reproduktiven Gesundheits- und Schutzdiensten für die Zielgruppen beruht vor allem auf struktureller Diskriminierung – verursacht durch fehlende inklusive Politiken, begrenzte Ressourcen, mangelnde Sensibilität und Kapazitäten sowie Vorurteile. Viele Arbeitgeber scheuen sich, etwa MmB einzustellen, aus Sorge vor Anpassungskosten und möglichen Konflikten im Team. Im Bereich SRG erschweren physische Barrieren, Ressourcenmangel und diskriminierende Haltungen – etwa Fremdenfeindlichkeit oder Homo- und Transphobie – den Zugang. Ähnliche Hindernisse bestehen beim Schutz vor SGBV. Auf Seiten der besonders

Projektnummer 2024.2100.6

vulnerablen Gruppen wirken zusätzlich Unwissen, geringes Selbstwertgefühl, fehlende Autonomie und oft mangelnde familiäre Unterstützung bis hin zu Gewalt. Dies ist im Rahmen des Moduls (teilweise) **veränderbar**.

Bisher erreichte Wirkungen: Der Vorschlag baut auf den Erfahrungen der unter 2.2 genannten TZ-Module auf. Im Modul „SI Frontera“ (PN 2018.4957.9) konnten durch integrierte Entwicklungspartnerschaften signifikante private Mittel mobilisiert und mehrere tausend Personen in Beschäftigung gebracht werden. Berufsbildungskurse wurden bei staatlichen Partnern verankert, und durch Beratung staatlicher Akteure wurde die Institutionalisierung einer progressiven Migrationspolitik unterstützt. Das TZ-Modul „Iniciativa Bogotá, 2.0“ (PN 2020.2293.7) hat dazu beigetragen, den Zugang zu sozialen Dienstleistungen zu verbessern und den Schutz vor Menschenhandel zu stärken. Durch Kooperationen mit dem Privatsektor konnten nachhaltige Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen und Kleinstunternehmen gestärkt werden. Wirkungsvoll war zudem die Stärkung der Verfügbarkeit von SRG-Dienstleistungen, die zu einer erhöhten Inanspruchnahme und besseren gesundheitlichen Versorgung führte. „ProIntegra“ (PN 2015.4045.9) trug durch den Ausbau von Berufsbildung, Arbeitsvermittlung und Kleinstkrediten zu einer nachhaltigeren Existenzsicherung bei.

4. Ziele, Wirkungshypothesen, Indikatoren und Partner des Moduls

4.1 Ziele, Zielgruppe, Wirkungshypothesen und Indikatoren

Modulziel: Die inklusive Teilhabe von Migrant*innen, Frauen, LSBTQI+-Personen, Menschen mit Behinderungen und anderen besonders vulnerablen Mitgliedern aufnehmender Gemeinden in Kolumbien ist gestärkt.

Indikatoren:

1. Anzahl besonders vulnerabler Personen, die ihre Beschäftigungs- oder Einkommenssituation verbessert haben.

Basiswert: 0 Personen (zu Beginn des Vorhabens gibt es noch keine Personen, die von den Maßnahmen profitiert haben; Beschäftigungsquoten von Menschen mit Behinderungen liegen beispielsweise bei 15%) (12/2024)

Zielwert: 1.000 Personen, davon 50% Migrant*innen und 50% Frauen

2. Anzahl von besonders vulnerablen Personen, die verbesserte Angebote, ausgerichtet auf den Schutz ihrer sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechte, genutzt haben.

Basiswert: 229 besonders vulnerable Personen (09/2024)

Zielwert: 1.250 besonders vulnerable Personen, davon 50% Migrant*innen und 50% Frauen (05/2028)

Projektnummer 2024.2100.6

3. Anzahl der unterstützten öffentlichen Institutionen, Unternehmen und zivilgesellschaftlichen Organisationen, die bestätigen, dass sie inklusive und auf Empowerment besonders vulnerabler Gruppen ausgerichteten Ansätze erfolgreich angewendet haben.

Basiswert: 1 von 20 unterstützten öffentlichen Institutionen, Unternehmen oder zivilgesellschaftlichen Organisationen (12/2024)

Zielwert: 16 von 20 unterstützten öffentlichen Institutionen, Unternehmen oder zivilgesellschaftlichen Organisationen (05/2028)

Die Basis- und Zielwerte der Modulzielindikatoren 1-3 sind vorläufig. Sie werden im ersten Durchführungsjahr geprüft und im Rahmen der ersten Berichterstattung ggf. angepasst. Die Indikatoren des Projekts wurden auf die spezifischen Ziele und Anforderungen der Maßnahme zugeschnitten. Eine direkte Anwendung der Agenda-2030-Indikatoren war daher nicht möglich, da diese entweder zu allgemein gefasst sind oder andere Messmethoden und Bezugsgrößen erfordern, die für die Steuerung des Projekts nicht optimal geeignet sind.

Für weitere Details siehe grafische Darstellung der Wirkungslogik und die Wirkungsmatrix in der Anlage.

Zielgruppe: Migrant*innen, insbesondere aus Venezuela, sowie vulnerable Mitglieder der aufnehmenden Gemeinden, mit Fokus auf Frauen und Mädchen, LSBTQI+-Personen, ethnischen Minderheiten (Afrodescendente, Indigene), und Menschen mit Behinderungen. Der Begriff Migrant*innen schließt Flüchtlinge, Geflüchtete, Asylbewerber*innen, Rückkehrende, irreguläre und reguläre Migrant*innen ein, sofern nicht anders spezifiziert. Diese Gruppen, die oft mehrfacher Diskriminierung und erhöhten Risiken ausgesetzt sind, werden in diesem Modulvorschlag als „besonders vulnerabel“ bezeichnet (s. Kapitel 3).

Mittler und direkte Zielgruppe des Vorhabens, über welche die o.g. Zielgruppe erreicht wird, sind Fachkräfte privater, öffentlicher und zivilgesellschaftlicher Organisationen, die die wirtschaftliche Teilhabe sowie den Zugang zu Dienstleistungen im Bereich sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte (SRGR) und zu GBV-Prävention in Cali und Bogotá verbessern. Dazu gehören zivilgesellschaftlichen Organisationen, privatwirtschaftliche Stiftungen, Netzwerke und Initiativen, die KKK, Weiterbildung und Beschäftigung fördern. Zudem öffentliche Einrichtungen, wie die Stadtverwaltungen von Cali und Bogotá.

Wirkungshypothesen:

Output 1 trägt dazu bei, inklusive Beschäftigungs- und Einkommensmöglichkeiten für besonders vulnerable Bevölkerungsgruppen zu verbessern. Die Wirkungshypothese lautet, dass verbesserte Beschäftigungs- und Einkommensmöglichkeiten - gepaart mit einem Abbau struktureller und individueller Barrieren durch Unternehmen und öffentliche Institutionen - dazu beitragen, dass die inklusive Teilhabe besonders vulnerabler Bevölkerungsgruppen gestärkt wird (Modulziel). Neben dem Bildungsniveau der Frauen

Projektnummer 2024.2100.6

trägt auch deren wirtschaftliche Selbständigkeit zur Erhöhung ihrer Entscheidungsfreiheit und Selbstbestimmung bzgl. ihrer sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechte bei (UNFPA, 2020). Dies unter der Annahme, dass öffentliche Einrichtungen und private Unternehmen nach wie vor gewillt und in der in der wirtschaftlichen Lage sind, besonders vulnerable Bevölkerungsgruppen zu integrieren und deren Rechte zu schützen

Output 2 zielt darauf ab, den Zugang zu diskriminierungsfreien und bedarfsgerechten sexuellen und reproduktiven Gesundheitsdienstleistungen und Rechten für besonders vulnerable Bevölkerungsgruppen zu verbessern. Hier lautet die Wirkungshypothese, dass die Schulung und Stärkung von Gesundheitsfachkräften im diskriminierungsfreien Umgang mit vulnerablen

Gruppen und das Anbieten von bedarfsgerechten Leistungen in einem sicheren, wertschätzenden Umfeld, die Inanspruchnahme durch die Zielgruppen und die Qualität ihrer Versorgung steigert. Zusammen mit zielgruppenspezifischer Aufklärung, die das Wissen über Rechte, Angebote und Ansprechpersonen erhöht, werden Zugangsbarrieren abgebaut und der nachhaltige Zugang zu SRGR-Dienstleistungen verbessert. Langfristig stärkt dies gesundheitliche Selbstbestimmung, körperliche Unversehrtheit sowie soziale und wirtschaftliche Teilhabe (Modulziel). Durch diese Faktoren ließe sich die Anzahl der etwa 60 % aller ungewollten Schwangerschaften reduzieren, die in induzierten Schwangerschaftsabbrüchen (WHO 2023) enden, von denen wiederum 45 % weltweit unter Umständen stattfinden, die als unsicher klassifiziert werden. Fast 8 % der globalen Müttersterblichkeit sind auf solche unsicheren Abtreibungen zurückzuführen. Diese, sowie STDs und damit verbundene krankheitsbedingte Ausfälle können durch Beratungen zur Familienplanung und Verhütungsmethoden vermieden werden. Dies unter der Annahme, dass das Fachpersonal zum Mitwirken an der Schaffung von diskriminierungsfreien Räumen und zielgruppenspezifischen Leistungsangeboten bereit ist.

Output 3 zielt darauf ab, den Zugang zu staatlichen und nicht-staatlichen Angeboten zur Prävention von SGBV für besonders gefährdete Bevölkerungsgruppen zu verbessern. Ein verbesserter Schutz vor SGBV stärkt zugleich die SRGR der Betroffenen. Wenn lokale staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure durch gezielte Kapazitätsentwicklung geschlechtsspezifische Risiken besser erkennen und bedarfsgerechte Präventionsstrategien – inklusive *bystander-interventions* – umsetzen können, erhöht sich die Wirksamkeit und Nutzung bestehender Schutzsysteme, wodurch Gewalt verhindert oder unterbrochen werden kann. Der Zugang zu Schutz stärkt Sicherheitsgefühl und psychosoziale Stabilität und ermöglicht gesellschaftliche Teilhabe sowie individuelle Entwicklung (Modulziel). Diese Hypothese wird durch verschiedene Fall- und Metastudien gestützt, z. B. zur Notwendigkeit auch die psychische Verfassung von Männern und toxische Männlichkeitsnormen beim Versuch der Gestaltung eines weniger gewaltvollen Umfelds einzubeziehen (Lundgren and Amin, 2015) oder zu Evidenzen der Wirkungen einzelner Ansätze (z. B. *bystander-interventions*, Government UK, 2020). Gewalt oder die Angst davor kann Frauen und Mädchen zum einen davon abhalten, ihre Ansprüche auf

Projektnummer 2024.2100.6

SRGR durchzusetzen, beispielsweise auf Verhütung und Check-ups, zum anderen auch davor, ihren HIV-Status ihren Partnern oder Gesundheitspersonal gegenüber bekannt zu geben (UNAIDS 2018).

Dies unter der Annahme, dass die Zielgruppen Zugang zu vertrauenswürdigen Informationen über Schutzangebote haben, deren Inanspruchnahme keine repressiven oder stigmatisierenden Hürden entgegenstehen.

Die strategischen Vorgaben des BMZ wurden berücksichtigt

4.2 Träger und Partnerstruktur

Der **politische Träger** ist die Präsidialagentur für internationale Zusammenarbeit (*Agencia Presidencial de Cooperación Internacional de Colombia, APC*).

Der politische Träger, die Präsidialagentur für internationale Zusammenarbeit (*Agencia Presidencial de Cooperación Internacional de Colombia, APC*), und der Durchführungspartner, das Ministerium für Gleichberechtigung und Gleichstellung (*Ministerio de Igualdad y Equidad, MinIgualdad*), erhalten mit der Auftragserteilung das Recht, die an sie zu erbringenden Leistungen unmittelbar von der GIZ zu verlangen. Die GIZ, der politische Träger und der Durchführungspartner werden die Einzelheiten in einem Durchführungsvertrag regeln. Das BMZ kann seine Rechte aus dem Auftrag, insbesondere diejenigen nach dem Generalvertrag, ohne Zustimmung des politischen Trägers oder des Durchführungspartners ausüben.

Durchführungspartner ist das Ministerium für Gleichberechtigung und Gleichstellung (*Ministerio de Igualdad y Equidad, MinIgualdad*), auf operativer Ebene die Direktion für die Migrantenbevölkerung (*Dirección para la Población Migrante*) des Vizeministeriums für ausgegrenzte Bevölkerungsgruppen und Gebiete und die Überwindung der Armut (*Viceministerio para las Poblaciones y Territorios Excluidos y la Superación de la Pobreza*). Das Ministerium ist die zentrale Institution für Gleichstellung und soziale Gerechtigkeit und implementiert Programme für vulnerable Gruppen wie Frauen, Migrant*innen und LSBTQI+-Personen.

Zu den **nachgelagerten Partnerstrukturen** gehören auf nationaler Ebene das Ministerium für Gesundheit und sozialen Schutz (*Ministerio de Salud y Protección Social*), und hier insbesondere die Gruppe Sexualität, sexuelle und reproduktive Rechte (*Grupo Sexualidad, Derechos Sexuales y Reproductivos*) der Direktion für Förderung und Prävention (*Dirección de Promoción y Prevención*), sowie das Innenministerium (*Ministerio del Interior*) durch die Gruppe Gender und Diversität (*Grupo Género y Diversidad*). Die genannten Institutionen übernehmen im Sektor zentrale Steuerungs-, Fach- und Koordinierungsfunktionen im Bereich sexueller und reproduktiver Gesundheit sowie Schutz vulnerabler Gruppen.

Projektnummer 2024.2100.6

Zentraler Akteur auf lokaler Ebene ist die Stadtverwaltung von Santiago de Cali (*Alcaldía de Santiago de Cali*), insbesondere das Sekretariat für soziale Angelegenheiten (*Secretaría de Bienestar Social*) das Sekretariat für Wirtschaftsentwicklung (*Secretaría de Desarrollo Económico*) sowie das Sekretariat für öffentliche Gesundheit (*Secretaría de Salud Pública*), insbesondere das Gesundheitsnetzwerk Ladera (*Red de Salud Ladera ESE*). Das Krankenhaus *IPS Siloé Siglo XXI*, Mitglied dieses Netzwerks, ist bereits Teil einer BMZ-Klinikpartnerschaft im Bereich Geburtshilfe. Der Nationale Ausbildungsdienst (*Servicio Nacional de Aprendizaje*, SENA), ProFamilia und die Ombudsbehörde (*Defensoría del Pueblo*) mit ihrer Vertretung in Cali sind weitere wichtige Akteure sowie die Stadtverwaltung von Bogotá (*Alcaldía de Bogotá*) für die Implementierung in Bogotá

Das Vorhaben arbeitet auf lokaler Ebene hauptsächlich mit zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammen, die die Interessen der Zielgruppen vertreten, deren Bedarfe kennen und Zugang ermöglichen. Dies sind Diasporanetzwerke wie *MigraValle* mit Organisationen wie *Alianzas Solidarias* und *FundaTransVida*, sowie im Bereich der Unterstützung von Menschen mit Behinderungen die *Fundación Progresar* und die *Fundación para Limitaciones Múltiples*. LSBTQI+-Personen werden über das Netzwerk von *CaliDiversidad* erreicht, zu dem

Santamaría Fundación, *Hermanidad Trans*, *Fundación para la Orientación Familiar* (FUNOF) und *Asociación Lila Mujer* gehören. Weitere relevante zivilgesellschaftliche Akteure umfassen *Fundación Alvarelis*, *Fundación Cultural Chontaduro*, *Corporación Viviendo* und *Consultoría para los Derechos Humanos y el Desplazamiento* (CODHES). Zu den privatwirtschaftlichen Akteuren zählen bspw. die *Cámara de la Diversidad*, *Fundación Industrial Minuto de Dios*, *Asociación Nacional de Industriales* (ANDI), *Asociación Colombiana de las Micro, Pequeñas y Medianas Empresas* (ACOPI), *Centro de Desarrollo Productivo del Valle* (CDP), *Federación Nacional de Comerciantes y Empresarios* (FENALCO), *Fundación Carvajal*, *Fundación WWB*, *Caja de Compensación Familiar del Valle del Cauca* (Comfandi), *Caja de Compensación Familiar* (Comfenalco), Sparkassenstiftung und *Fundación ProPacífico*; auch Bildungseinrichtungen wie die *Universidad San Buenaventura*, *Universidad Minuto de Dios* und *Universidad del Valle*. Als zentraler kirchlicher Akteur bietet die *Pastoral Migrante* in Cali Migrant*innen Programme zur wirtschaftlichen Integration, in Zusammenarbeit mit Red Clamor und dem *Secretariado Nacional de la Pastoral Social*.

5. Gestaltung des Moduls

5.1 Methodischer Ansatz und Laufzeit

Laufzeit: Von 07/2025 bis 06/2028 (3 Jahre)

Zielregionen: Die Implementierung beginnt in Cali und kann je nach Sicherheitslage ausgeweitet werden. Bogotá, D.C. ist weitere Zielregion, insbesondere die Stadtviertel, in

Projektnummer 2024.2100.6

denen zuvor das TZ-Modul Iniciativa Bogotá, 2.0 (PN 2020.2293.7) umgesetzt wurde (s. Kapitel 3).

Strategie:

Im Sinne der integrierten Sicherheit liegt die Strategie des Vorhabens darin, Kolumbien darin zu unterstützen, die massiven Migrationsströme aus Venezuela zu bewältigen und somit zur Stabilität in der Region beizutragen. So lässt sich dort eine Verschärfung der humanitären Lage verhindern und das Risiko mindern, dass sich Konflikte oder Migrationswellen nach Europa ausweiten.

Das TZ-Modul baut auf erprobten Ansätzen zur wirtschaftlichen, sozialen und gesundheitlichen Integration besonders vulnerabler Gruppen auf und bündelt drei ineinandergreifende Outputs: Stärkung der wirtschaftlichen Teilhabe, Verbesserung des Zugangs zu SRG-Leistungen und Förderung von GBV-Schutzmaßnahmen – zum Nutzen der Zielgruppen und ihrer Umsetzungspartner. Dabei wird ein kohärentes *Capacity-Development*-Konzept auf den Ebenen Gesellschaft, Organisation und Person verfolgt, das durch die feministische Entwicklungspolitik (FEP) und das „3R-Modell“ (Ressourcen, Repräsentanz, Rechte) gerahmt wird. So wird zum Beispiel an die in ProIntegra (PN 2015.4045.9) erprobten Ansätze zur wirtschaftlichen Integration von Binnenvertriebenen angeknüpft (s. Kapitel 3) und auch komplementär vom ‘Schwestervorhaben’ Pacifico Integra (PN 2024.4066.7) in Cali repliziert werden.

Der Wegfall von USAID Mitteln und allgemein knapper werdende Finanzierungen richten den Ansatz noch stärker auf eine frühe institutionelle Verankerung mit klar hinterlegter Eigenfinanzierung aus. Es wird zudem die finanzielle Nachhaltigkeit der unterstützten NROs berücksichtigt, damit sie nach der Kapazitätsstärkung durch das Modul Aktivitäten auch ohne internationale Förderung weiterführen können.

Das Vorhaben greift auf allen drei CD-Ebenen: Gesellschaftlich vernetzt es öffentliche und private Institutionen für eine gleichberechtigte Arbeitsmarktintegration besonders vulnerabler Personen und fördert die Kooperation von Gesundheitsdiensten mit zivilgesellschaftlichen Organisationen. Organisatorisch stärkt es die technischen und organisatorischen Kapazitäten von NROs, Gemeinde und Finanzinstitutionen u. a., damit diese ihre Angebote passgenau auf benachteiligte Gruppen zuschneiden können. Individuell führt es Qualifizierungs-, Sensibilisierungs- und Empowerment-Maßnahmen durch, die berufliche und unternehmerische Kompetenzen, Selbstwertgefühl, Rechtskenntnis, Zugang zu Unterstützungsstrukturen und aktive Teilhabe unter dem Leitmotiv „*Nothing about us - without us*“ fördern.

Die Strategie orientiert sich an den spezifischen Bedürfnissen lokaler Gemeinschaften, wobei Sicherheitslage, Zugangsbarrieren und lokale Risiken berücksichtigt werden. Sie bezieht nach dem *LNOB* und *Do-No-Harm*-Prinzip alle relevanten Akteure ein und adressiert gezielt Informationsdefizite und Vorurteile im sozialen Umfeld. Das Vorhaben berücksichtigt potenzielle Mehrfachdiskriminierungen, denen Frauen, LGBTIQ+-Personen,

Projektnummer 2024.2100.6

Migrant*innen sowie MmB ausgesetzt sein können. Der Fokus liegt dabei auf einer verbesserten Unterstützung benachteiligter Personen entlang des sogenannten 3R-Modells der FEP: Erstens durch den Zugang zu Ressourcen wie Qualifizierungsmaßnahmen, finanzieller Unterstützung, Gesundheitsdiensten und Aufklärungsangeboten; zweitens durch die Förderung von Repräsentanz und aktiver Beteiligung an Lösungsansätzen; drittens durch Beiträge zum Abbau diskriminierender Strukturen – etwa in der Personalpolitik, der Gesundheitsversorgung oder bei Maßnahmen zur Prävention von SGBV.

Die Qualifizierungsmaßnahmen laufen Output übergreifend gestuft ab: Zunächst fließen breit angelegte Analysen der Bedarfe und Hürden in die Gestaltung der Interventionen ein, etwa für *Training-of-Trainers* (ToT)-Formate zu wirtschaftlichen / persönlichen Basiskompetenzen, SRGR-Wissen, Ansprechstrukturen und *Bystander-Interventions* gegen GBV. Ausgewählte Absolvent*innen erhalten vertiefte Präsenz- und Digitaltrainings zur Unternehmensentwicklung, wodurch Produktivität, Arbeitsmarktvermittlung und Gesundheitsversorgung gestärkt werden. Die Nutzung digitaler Potenziale erhöht die Produktivität und führt zu erfolgreicherer Vermittlung auf dem Arbeitsmarkt bzw. Betreuung im Gesundheitssektor oder in GBV-Fällen. Bewährte Instrumente früherer Module, wie Iniciativa Bogotá 2.0, werden übernommen.

Instrumenteneinsatz: Zum Einsatz kommen 1 internationale LZFK (anteilig), 4 nationale LZFK (z. T. anteilig), KZE, Sachgüter in Höhe von bis zu 131.000 EUR sowie Finanzierungen (in Form öffentlicher Zuschüsse) in Höhe von bis zu 607.646 EUR.

Die Leitung des Vorhabens obliegt einer nationalen LZFK (anteilig) mit lokaler Expertise, die für das strategische Management verantwortlich ist. Sie wird von einer internationalen LZFK (anteilig) in Bogotá an der Schnittstelle mit dem Cluster (bzw. EZ-Programm) unterstützt. Diese umfasst das Monitoring, Förderung der Synergien und Berichterstattung. Zur Implementierung wird je Output eine nationale LZFK in Cali bzw. Bogotá eingesetzt.

Das Vorhaben profitiert von der Verfügbarkeit von hochqualifizierten Fachkräften in Kolumbien. Dabei wird die Wirtschaftlichkeit des Vorhabens sowohl durch anteiligen Einsatz des Personals als auch durch die Einbindung hauptsächlich nationalen Personals mit entsprechender lokaler Expertise erhöht. Für spezifische Fach- und Prozessberatungen werden in allen Outputs nach Bedarf zusätzliche nationale KZE eingesetzt, um gezielt erforderliches Fachwissen bereitzustellen. Diese Flexibilität erlaubt es dem Vorhaben, auf neue Anforderungen schnell zu reagieren, und trägt zur Minderung von Durchführungsrisiken (Kap. 6) bei. Potenzielle Empfänger von Finanzierungen werden zu Beginn der Laufzeit festgelegt und die Genehmigungen beim Auftraggeber eingeholt.

Das Vorhaben verfolgt in allen Outputs einen intersektionalen und zielgruppenspezifischen Ansatz zur Verbesserung der Lebensumstände besonders vulnerabler Bevölkerungsgruppen. Hierzu werden lokale staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure

Projektnummer 2024.2100.6

gestärkt, Barrieren identifiziert und abgebaut sowie Erfahrungen aus der Iniciativa Bogotá 2.0 skaliert. Angebote in den verschiedenen Outputs sollen an die Bedarfe der Zielgruppen angepasst werden, dazu zählen bspw. Sensibilisierung, Capacity Development der Stadtverwaltungen Cali und Bogotá, angepasste Kommunikationsstrategien und die enge Zusammenarbeit mit relevanten Partnerstrukturen auf lokaler Ebene.

Output 1 hat zum Ziel, inklusive Beschäftigungs- und Einkommensmöglichkeiten für besonders vulnerable Bevölkerungsgruppen zu verbessern. Gender- und zielgruppenspezifische Angebote zur Arbeitsmarktintegration verringern wirtschaftliche Abhängigkeit, fördern das Empowerment und schaffen alternative Erwerbsmöglichkeiten, z. B. zur Sexarbeit oder anderen durch Ausbeutung geprägte Einkommensquellen. Das Vorhaben plant hierfür die Kooperation mit und Stärkung von lokalen, staatlichen Institutionen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und des Privatsektors zur Umsetzung zielgruppenspezifischer Maßnahmen der Beschäftigungsförderung mit intersektionalem Ansatz. Geplant sind neben den vorher genannten, Output-übergreifenden Maßnahmen, u. a. technische Fort- und Weiterbildungen, Förderung von Start-ups und Unternehmertum (u.a. durch Zugang zu entsprechenden finanziellen Dienstleistungen, Match-Making und die Schaffung formeller Arbeitsplätze).

Output 2 soll den Zugang zu sexuellen und reproduktiven Gesundheitsdienstleistungen und Rechten für besonders vulnerable Bevölkerungsgruppen verbessern. Dies ist dann gewährleistet, wenn sie verfügbar, zugänglich, den Bedürfnissen angepasst und akzeptiert sind. Ziel ist die erhöhte Inanspruchnahme angepasster Leistungen durch Verfügbarkeit, Zugänglichkeit und Akzeptanz. Maßnahmen umfassen, neben den vorher genannten, Output-übergreifenden Maßnahmen, u. a. Aus- und Weiterbildung zu Präventions- und Behandlungsstrategien, psychosoziale Beratung im Bereich SRGR, Anpassung nationaler Standards an lokale Kontexte sowie Ausbau relevanter Klinikpartnerschaften (z. B. zwischen Deutschland und Kolumbien). Ein Wissensaustausch mit der Stadtverwaltung Cali, etwa zur *Clínica de Género*, kann zielgruppenspezifische Angebote weiterentwickeln.,

Output 3 hat zum Ziel, den Zugang zu zielgruppenspezifischen nicht-staatlichen und staatlichen Angeboten zur Prävention geschlechtsbasierter Gewalt für die Zielgruppen zu verbessern. Die Stärkung des Zugangs erfolgt über die Unterstützung staatlicher und nichtstaatlicher Anbieter*innen von GBV-Dienstleistungen mit Sensibilisierungsmodulen zu intersektionaler Diskriminierung und zielgruppenspezifischen Risiken und Bedarfen. Ebenfalls werden subnationale Organisationen und Institutionen bei der Anpassung und Umsetzung nationaler Protokolle und Mindeststandards an die Bedarfe vor Ort, sowie Stärkung von deren Dienstleistungsangeboten für die Zielgruppen, unterstützt. Die Stadtverwaltung Bogotá wird in ihren Kapazitäten gestärkt, so dass sie in der Lage ist, die Erfahrungen aus der Iniciativa Bogotá, 2.0 zu skalieren. Das Geschäftsinteresse der etablierten Finanzinstitute wird genutzt, um die Kosten der Subventionierung zu senken und die nachhaltige Marktfähigkeit des Finanzprodukts zu erproben. Für die fachliche

Projektnummer 2024.2100.6

Beratung der Finanzinstitutionen und Sicherstellung von fairen und transparenten Prozessen (z. B. Prüfung und Vergabe von Finanzierungen) wird auch internationale Expertise eingebracht (möglicher Kooperationspartner Sparkassenstiftung, siehe auch Kapitel 6.2, Risiken).

Zur Sicherung der Wirtschaftlichkeit greift das Vorhaben auf die langjährige Zusammenarbeit mit kolumbianischen Partnern, bewährte Ansätze und Produkte zurück. Es nutzt etablierte Partnerstrukturen, insbesondere aus Iniciativa Bogotá 2.0, und erzielt so mit vergleichsweise geringem Mitteleinsatz eine nachhaltige Verbesserung für besonders vulnerable Gruppen. Die enge Kooperation mit anderen GIZ-Vorhaben in den Clustern Frieden, Migration und Umwelt schafft Synergien und steigert die Wirksamkeit.

Outputs	Wesentliche Aktivitäten	Zeitraumen /Meilensteine	Eingesetzte Instrumente (Anzahl / Größenordnung)
Output 1	Public Private Partnerships und Initiativen mit Privatsektor und öffentlichen Partnern. Sensibilisierung öffentlicher Institutionen und Unternehmen zu inklusiven Maßnahmen und Arbeitsumgebungen. Kleinkredite, Startkapital und finanzielle Unterstützung für KKV und Start-ups sowie Workshops und Coaching.	12/2025: Bedürfnisse vulnerabler Gruppen analysiert. 06/2026: 2 Kooperationen mit privatem und öffentlichem Sektor sind vereinbart.	Internationale LZFK (4 FKM) Nationale LZFK (40 FKM) KZE (13 FKM) Sachgüter (64.950 EUR) Finanzierungen (303.823 EUR)
Output 2	Schulungen und Protokolle für medizinisches Personal zu diskriminierungsfreier Betreuung und Kommunikation und spezifischen Bedürfnissen vulnerabler Gruppen. Erstellung zielgruppenspezifischer Informationsmaterialien zu SRGR. Aufklärung über SRGR für verschiedene Zielgruppen.	12/2025: Bedürfnisse und Barrieren beim Zugang zu SRGR identifiziert. 06/2026: 3 Organisationen und Institutionen haben Dienstleistungen zielgruppenspezifisch erweitert.	Internationale LZFK (3 FKM) Nationale LZFK (40 FKM) KZE (17 FKM) 06/2026: 3 Organisationen und Institutionen haben Dienstleistungen zielgruppenspezifisch erweitert.

Projektnummer 2024.2100.6

Outputs	Wesentliche Aktivitäten	Zeitraumen /Meilensteine	Eingesetzte Instrumente (Anzahl / Größenordnung)
Output 3	Kapazitätsentwicklung lokaler Organisationen und staatlicher Institutionen zu GBVPrävention, Risiken und Ansätzen. Kapazitätsentwicklung zivilgesellschaftlicher und staatlicher Akteure zur Anpassung von Programmen, Schutzprotokollen und Dienstleistungen. Anpassung bestehender oder Entwicklung neuer Präventionsprogramme für besonders gefährdete Gruppen.	12/2025: Bedarfe vulnerabler Gruppen analysiert. 06/2026: 3 Präventions- und Schutzprogramme auf die Bedürfnisse vulnerabler Gruppen zugeschnitten.	Internationale LZFK (2 FKM) Nationale LZFK (15 FKM) KZE (10 FKM) Sachgüter (26.200 EUR) Finanzierungen (121.529 EUR)

5.2 Sicherstellung der nachhaltigen Wirksamkeit der Maßnahmen (Outcomes)

Das Modul erzielt eine langfristige Wirksamkeit durch drei Hebel: (1) *Capacity Development* via Wissenstransfer aus dem GIZ Flucht und Migrationsportfolio sowie Austausch zwischen Norte de Santander, Bogotá und Valle del Cauca; (2) institutionelle Verankerung – u. a. Stärkung der territorialen Präsenz des MinIguadad (*Dirección Territorial Cali, Centro Intégrate*) und frühzeitige Integration verbesserter Leistungen bei Partnern wie MinIguadad, den Stadtverwaltungen Cali/Bogotá, zivilgesellschaftlichen Organisationen und privatwirtschaftlichen Stiftungen; (3) Vernetzung, z. B. Wissensaustausch zwischen *Cámara de Comercio Cali* und *Cámara de la Diversidad Bogotá*, um erfolgreiche Ansätze aus dem Vorgängermodul (Iniciativa Bogotá, 2.0) nach Cali zu übertragen. Gezielte Schulungen für Mitarbeitende aus Staat, Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft verbessern die Arbeitsmarktintegration vulnerabler Gruppen, Zugang zu SRG-Versorgung und Schutz vor SGBV und befähigen die Akteure, diskriminierungsfreie, zielgruppengerechte Strukturen zu etablieren. Lokale Strategien zum Abbau struktureller Barrieren werden gemeinsam mit den Zielgruppen entwickelt, wodurch bedarfsgerechte Angebote dauerhaft finanziert und verankert bleiben – auch nach Projektende.

5.3 Partnerleistungen, Kombifinanzierung

	Konkretisierung	Schätzung des Wertes
Kombifinanzierung (Geber)	-	

Projektnummer 2024.2100.6

Partnerleistungen	APC: Bereitstellung von Personal für Maßnahmen und Unterstützung der Kooperation (1 FKM); MinIguadad: Fachberatung, Koordination und Vernetzung zur Implementierung des Vorhabens (8 FKM); Stadtverwaltungen Cali und Bogotá: Ansprechstrukturen in diversen Sektoren (3 FKM); Koordination und Vernetzung; Veranstaltungsräume.	150.000 EUR
-------------------	--	-------------

5.4 Auftragswert und detaillierte Kostenschätzung

Bis zu 3.750.000 EUR.

Im Auftragswert enthalten sind auch Kosten für die Teilnahme an Fachverbundsarbeit im Fachverbund „*International Cooperation on Conflicts and Disasters* (NICD)“ mit dem Ziel, die für die Auftragsdurchführung erforderliche fachliche Qualität und das Wissensmanagement zu sichern. Ebenfalls im Auftragswert enthalten sind Kosten für die Nachbereitung des Vorhabens sowie Kosten für Zwischen-/ Schlussevaluierungen des Vorhabens als wesentliches Instrument der Erfolgskontrolle und der Rechenschaftslegung der deutschen TZ.

Die Vorbereitung und die Evaluierung von Vorhaben erfolgen nach dem zwischen BMZ und GIZ vereinbarten Verfahren, das die GIZ im Auftrag des BMZ durchführt. Für eine detaillierte Kostenübersicht wird auf die Anlagen 3a „Kostenschätzung und Mittelabfluss nach Haushaltsjahren“ und 3b „Kosten-Output-Zuordnung“ verwiesen.

6. Bewertung der Wirkungen und der Risiken des Moduls

6.1 Bewertung der Wirkungen

Wirkungen allgemein: Das Modul adressiert verschiedene Hürden inklusiver Teilhabe, deren Überwindung für die soziale Gerechtigkeit wesentlich ist. Damit liegen die Wirkungen des Moduls insbesondere auf der wirtschaftlichen und sozialen Dimension der Nachhaltigkeit. Die Wirkungen des Moduls unterstützen die im nationalen Entwicklungsplan (2023-2026) dargelegten Prioritäten zur Umsetzung der nachhaltigen Entwicklungsziele der Agenda 2030. Der Fokus liegt auf der Stärkung der wirtschaftlichen Teilhabe von Migrant*innen und besonders benachteiligten Gruppen im Sinne von SDG 5 (Gleichstellung der Geschlechter) und SDG 10 (Verringerung von Ungleichheiten, insbesondere wirtschaftliche Inklusion, 10.2, und Abbau von diskriminierenden Praktiken, 10.3). Das Unterziel 8.5 (Gleichstellung von Frauen und anderen benachteiligten Gruppen in der Wirtschaft) des SDG 8 steht ebenfalls

Projektnummer 2024.2100.6

im Zentrum der Interventionen, sekundär fördert das Vorhaben auch die formelle Beschäftigung (8.2) und finanzielle Inklusion (8.10). Das Vorhaben stärkt weiterhin den Zugang zu Dienstleistungen für SRGR und Schutzmaßnahmen vor SGBV und somit Ziele 3 (Gesundheit und Wohlergehen, Unterziele 3.1, 3.2., 3.3.1. und 3.7) und 5.2 (Beendigung aller Formen von GBV).

Das Vorhaben konzentriert sich im Sinne der nationalen Entwicklungsstrategie auf besonders von Armut und extremer Armut betroffene Gemeinden und trägt somit auch zu SDG 1 (Armut in allen ihren Formen und überall beenden) bei. Die wirtschaftliche Integration von benachteiligten Personen wirkt auf der Impact-Ebene positiv auf die soziale Gerechtigkeit und das friedliche Zusammenleben von Migrant*innen und anderen besonders vulnerablen Personen sowie der Bevölkerung aus aufnehmenden Gemeinden im Sinne von Ziel 16 (Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen).

Ökonomische Wirkungen: Das Vorhaben ist auf nachhaltig verbesserte Beschäftigung und unternehmerische Geschäftstätigkeit ausgerichtet (siehe auch Kap. 5.2). Neben der verbesserten wirtschaftlichen Perspektive benachteiligter Personen wirkt es auf wichtige gesamtwirtschaftliche Ziele, wie die Formalisierung der Beschäftigung und von KKK. Der Abbau von Hürden bei Beschäftigungs- und Einkommensmöglichkeiten für Frauen und weitere, besonders vulnerable Gruppen, wie MmB, (Qualitätsmerkmal (QM): Menschenrechte, Geschlechtergleichstellung und Inklusion) erhöht die verfügbare Arbeitskraft und trägt zu Wertschöpfung und Wirtschaftswachstum bei. Durch die Steigerung der unternehmerischen Kompetenzen sind Wirkungen auf die Produktivität zu erwarten. Der Abbau von Hürden im Arbeitsumfeld und die Förderung inklusiver Personalpraktiken fördert auch die Modernisierung und Wettbewerbsfähigkeit der privatwirtschaftlichen Partner des Vorhabens. Die effiziente Nutzung digitaler Potenziale (QM: Digitalisierung - „Digital als Standard“) erhöht die Produktivität der KKK und die Vermittelbarkeit benachteiligter Personen auf dem Arbeitsmarkt.

Ökologische Wirkungen: Das Vorhaben birgt Potenziale, die Umwelt und Klimabilanz der Wirtschaft zu verbessern, vor allem durch die Einbindung benachteiligter Gruppen in ökologisch nachhaltige Sektoren und Geschäftsmodelle. Fortbildungen fördern ressourcenschonende, „grüne“ Praktiken und stärken die Einhaltung von Umwelt und Klimavorgaben. Bei Kooperationen mit Unternehmen wird mithilfe einer Umwelt und Klimaprüfung darauf geachtet, negative Wechselwirkungen mit ökonomischen Zielen zu vermeiden (QM: Umwelt- und Klimaprüfung). Zugleich werden Synergien mit sozialen Wirkungen erwartet: Vulnerable Gruppen sind stark von Klimarisiken betroffen, etwa durch Überschwemmungen und Erdbeben. Ihre wirtschaftliche Stärkung und ein gesteigerter gesellschaftlicher Zusammenhalt erhöhen die Resilienz und Anpassungsfähigkeit gegenüber solchen Extremereignissen.

Soziale Wirkungen: Die wirtschaftliche und soziale Teilhabe von Frauen und weiteren besonders vulnerablen Gruppen wirkt positiv auf zahlreiche Dimensionen der sozialen

Projektnummer 2024.2100.6

Entwicklung. Im Sinne des LNOB-Prinzips stärkt das Vorhaben die Gruppen, die im aktuellen Wirtschafts- und Gesundheitssystem diskriminiert bzw. zurückgelassen werden. Eine verbesserte wirtschaftliche Lage und SRG-Versorgung benachteiligter Personen verringern die Ausprägung von (extremer) Armut (QM: Armutsbekämpfung und Reduzierung der Ungleichheit). Das wirtschaftliche und gesundheitliche Empowerment verringert soziale Abhängigkeiten (z. B. von männlichen Familienmitgliedern) und ermöglicht so, selbstbestimmt Entscheidungen zu treffen. Die Partizipation benachteiligter Personen in Lösungsansätzen gegen Diskriminierung stärkt die Transparenz und Rechenschaftspflicht der zuständigen staatlichen und privaten Institutionen (QM: Anti-Korruption und Integrität). Insgesamt trägt das Vorhaben so zu mehr Diversität und Inklusion in Wirtschaft und Gesellschaft sowie gesellschaftliche Kohäsion bei. Zudem spielt die Integration von besonders vulnerablen Menschen, die Überwindung der wirtschaftlichen Perspektivlosigkeit, gleichberechtigter Zugang zu SRGR und GBV-Schutzmaßnahmen eine Schlüsselrolle zur Sicherung des Friedens. Da die wirtschaftliche Förderung einzelner Gruppen auch zu Misgunst oder Distanzierung im Umfeld führen kann, achtet das Vorhaben auf die konflikt sensible Einbindung des sozialen Umfelds (Gemeinde) im Sinne des *Do-No-Harm*-Ansatzes (QM: Konfliktsensibilität; siehe auch Risikoanalyse).

Schlussfolgerung für die Konzeption des Vorhabens: Das Vorhaben beruht auf der Förderung der inklusiven Teilhabe (Outcome-Ebene) für soziale Entwicklungsziele im Sinne der sozialen Gerechtigkeit und Friedenssicherung (Impact-Ebene). Dies spiegelt sich in den Auswahlkriterien der Zielgemeinden und -gruppen wider. Die Wirkungshypothesen beruhen auf der beschriebenen engen Verflechtung der sozialen und wirtschaftlichen Dimensionen. Interventionen zielen nicht isoliert auf die wirtschaftliche Lage benachteiligter Personen, sondern integrieren auch das Zusammenspiel mit dem sozialen Umfeld (Haushalt, Familie, Gemeinde). Dieser Ansatz ist im Ziel- und Indikatorensystem des Vorhabens aufgenommen, das neben den „klassischen“ Ansätzen der Wirtschaftsförderung (z.B. Zugang zu Finanzierungen), verbessertem Zugang zu SRGR-Dienstleistungen und effektiven GBV-Präventionsmaßnahmen auch und insbesondere die sozialen Faktoren wie z.B. die sexistische Verteilung von Care-Arbeit, Vorurteile, stereotypisches Denken und Bevormundung von MmB beinhaltet. Synergien und Wechselwirkungen mit der ökologischen Dimension werden auf operativer Ebene bei der Umsetzung des Vorhabens berücksichtigt (siehe auch nicht intendierte Wirkungen, Kap. 6.2).

Kennungen und Schlüsselworte sind in der Anlage 4a tabellarisch zusammengefasst, außerdem wird auf die Prüfung der QM (1) Menschenrechte, Geschlechtergleichstellung und Inklusion und (6) Konfliktsensibilität (*Do-No-Harm*) in der Anlage verwiesen.

6.2 Bewertung der Risiken für die Wirksamkeit des Moduls

Politische Risiken: Die politischen Verflechtungen lokaler Akteure sind teils intransparent. Parteipolitische Risiken gelten als gering, doch drohen Risiken durch unbeabsichtigte Kooperation mit illegalen bewaffneten Gruppen oder Drogenkartellen. Das Vorhaben

Projektnummer 2024.2100.6

konzentriert sich daher zunächst auf das weniger direkt betroffene Santiago de Cali; eine schrittweise Ausweitung hängt von der Sicherheitslage ab und wird von GIZ, BMZ und der Deutschen

Botschaft (vgl. Kap.4.1) laufend überwacht. Staatliche und nichtstaatliche Partner werden sorgfältig ausgewählt, um Verstöße gegen LNOB und *Do-No-Harm*-Ansätze zu vermeiden; ein breites Partnernetzwerk verhindert Vereinnahmung. Der feministische Ansatz kann Ablehnung hervorrufen, da die Stärkung von Frauen, LSBTQI+-Personen und Migrantinnen etablierte Machtstrukturen infrage stellt. Das kann Fremdenfeindlichkeit und Anfeindungen in bereits konfliktgeprägten Aufnahmegemeinden verstärken. Ein konfliktsensibler *Do-NoHarm*-Ansatz bindet deshalb auch andere Gruppen (z.B. arme, junge Männer) ein, arbeitet eng mit lokalen Organisationen, reduziert soziale Spannungen und passt die Kommunikationsstrategie an, um Vorurteile abzubauen und Inklusion zu fördern.

Durchführungsrisiken: Die volatile Sicherheitslage mit regelmäßigen gewaltsamen Ausschreitungen, sozialen Unruhen und Demonstrationen verursacht Verzögerungen und Gefahren für Personal und Zielgruppen. Risikominimierung erfolgt über Sicherheitsmanagement und Kontextmonitoring, das in Cali/Valle de Cauca ausgebaut wird; bei akuten Vorfällen werden Aktivitäten remote gesteuert, bei längerfristigen Einschränkungen wird das Modul in Abstimmung mit BMZ und Deutscher Botschaft angepasst und ggf. auf andere Regionen ausgewichen. Die Zielgruppen als besonders gefährdete Gruppen werden durch Verzicht auf öffentliche Exponierung geschützt. Die Arbeit mit traumatisierten Zielgruppen belastet das Personal, weshalb psychosoziale Betreuung und Resilienzförderung im Rahmen von Staff-Care regelmäßig geprüft und umgesetzt werden. Trotz insgesamt ausreichender Stabilität der Zielgemeinden erkennen Sicherheitsmanagement und Monitoring Risiken frühzeitig und adressieren sie. Zusätzlich schwächt der Wegfall bzw. die starke Kürzung der bislang maßgeblichen USAID-Mittel das gesamte Kooperationssystem im Migrationsbereich (z.B. Vereinte Nationen, lokale NROs); die Finanzierung beteiligter Akteure ist gefährdet oder bereits gestrichen, bietet aber zugleich die Chance, neue Allianzen zu formen und die Zusammenarbeit strategisch neu zu positionieren.

Risiken für die langfristige Verankerung: Mangelnde Bereitschaft zu nachhaltigen Veränderungen, begrenzte Kapazitäten und unzureichende Finanzierung in Staat, Zivilgesellschaft und Privatsektor; zusätzlich kann die politische Priorität für die Integration der Zielgruppen sinken. Häufiger Personalwechsel in Partnerstrukturen schwächt Wissen und Kooperationen. Risikomindernde Maßnahmen umfassen institutionelle Verankerung auf lokaler und nationaler Ebene, sowie über verschiedene Partnerinstitutionen und -organisationen hinweg, Kapazitätsaufbau und partizipative Entscheidungsprozesse, die die Rechenschaftspflicht gegenüber benachteiligten Gruppen stärken.

Auswirkungen der Maßnahme auf Umwelt und Soziales (nicht intendierte Wirkungen): Trotz der schlechten Umwelt- oder Klimabilanz umgesetzter Aktivitäten und Partnerorganisationen birgt das Vorhaben nur geringe Umweltrisiken, da es nicht in

Projektnummer 2024.2100.6

umweltintensiven Sektoren arbeitet; zugleich bezieht es ökologische Kriterien in die Gestaltung ein. Sozial können die Unterstützung der Zielgruppen und die Behandlung von Gender und Diversitätsthemen Missgunst, Anfeindungen und Verteilungskonflikte hervorrufen, während die erhöhte Sichtbarkeit vulnerabler Gruppen deren Stigmatisierung begünstigen können. Die wird durch Sensibilisierung, frühzeitige Einbindung potenzieller Gegner und eine starke Beteiligung aufnehmender Gemeinden begrenzt (*Do-No-Harm*).

Korruptionsrisiken: Korruption birgt ein mittleres Risiko, besonders in Wirtschaft und Gesundheitssektor; lokal drohen Schutzgeldforderungen durch kriminelle Gruppen. Dem wird durch transparente Verfahren und Rechenschaftspflicht der Partnerinstitutionen begegnet – vor allem bei der Vergabe von Finanzierungen und Zuschüssen, die es mit etablierten Finanzakteuren wie der Sparkassenstiftung und dem TZ-Modul Pacífico Integra in Cali abwickelt. Zugleich fördert es die Institutionalisierung seiner Maßnahmen sowie die Partizipation der Zielgruppen.

Das **Gesamtrisiko** wird als mittel, die Beeinflussbarkeit als hoch eingeschätzt

Risiko	Einstufung*	Beeinflussbarkeit*	(getätigte) Risiko-Management-Maßnahme
Politische Risiken	3	3	
• Reputationsrisiken, Vorwürfe der Zusammenarbeit mit Organisationen oder Individuen in intransparenten Konflikt- oder kriminellen Strukturen • Kulturelle Ablehnung des feministischen Ansatzes • Vorurteile und Widerstand gegen Inklusion und Stärkung von besonders vulnerablen Personen			• Anfängliche Fokussierung der Projektaktivitäten auf die Stadt Cali, Prüfung der graduellen Ausweitung • Enge Abstimmung mit Sicherheitsteam der GIZ, BMZ und AA • Ausgewogene Auswahl der staatlichen und nichtstaatlichen Partner • Konfliktsensibler (<i>Do-No-Harm</i>) und gemeindeorientierter Ansatz, der auch männliche Vertreter einbezieht; angepasste Kommunikationsstrategie
Durchführungsrisiken	3	3	

Projektnummer 2024.2100.6

• Verzögerungen der Durchführung durch Verschlechterung der Sicherheitslage • Beeinträchtigungen des Projektpersonals durch psychologische Belastung • Sicherheitsrisiken durch Exponierung benachteiligter Zielgruppen • starke Kürzung der USAID-Mittel schwächen Kooperationssystem im Migrationsbereich; Finanzierung beteiligter Akteure ist gefährdet oder bereits gestrichen,		• Kontinuierliche Beobachtung und Bewertung negativer Entwicklungen und der Sicherheitsrisiken; Ausbau des Sicherheits- und Risikomanagements in Cali/Valle de Cauca ggf. Ausweichen auf andere Regionen oder Änderung des Arbeitsmodus Durchführung von Aktivitäten remote durch lokale Partner; Verlagerung auf andere Zielgemeinden □ Staff Care-Maßnahmen • Chancen, neue Allianzen zu formen und Zusammenarbeit strategisch neu zu positionieren	
Risiken für die langfristige Verankerung	3	3	
Risiko	Einstufung*	Beeinflussbarkeit*	(getätigte) Risiko-Management-Maßnahme
• Mangelnde Veränderungsbereitschaft der Institutionen und des Privatsektors • Mangelnde finanzielle Ausstattung der Partnerinstitutionen • Integration der Zielgruppen verliert politische Priorität • Häufige Personalwechsel in den Partnerstrukturen		• Förderung der Institutionalisierung von Maßnahmen und der Partizipation bzw. Rechenschaftspflicht gegenüber der Bevölkerung • Verankerung der Maßnahmen auf lokaler und nationaler Ebene, sowie über verschiedenen Partnerinstitutionen und -organisationen hinweg	
Auswirkungen der Maßnahme auf Umwelt und Soziales (nicht intendierte Wirkungen)	1	2	
• Schlechte Umwelt- oder Klimabilanz umgesetzter Aktivitäten und Partnerorganisationen • <i>Backlash</i>, Verteilungskonflikte		• Förderung ökologisch nachhaltiger Aktivitäten und Partnerorganisationen • Sensibilisierungsmaßnahmen, <i>Do-No-Harm</i>-Prinzip, insbesondere Einschluss aufnehmender Gemeinden	
Korruptionsrisiken (VI063)	2	3	

Projektnummer 2024.2100.6

• Korrupte Praktiken im Gesundheitssektor und der Wirtschaft • Gefahr lokaler Schutzgeldforderungen durch kriminelle Gruppen		• Transparente Prozesse der Auswahl von Partnern und Begünstigten des Projekts • transparente Verfahren und Rechenschaftspflicht der Partnerinstitutionen, besonders bei der Vergabe von Finanzierungen und Zuschüssen • Institutionalisierung der Maßnahmen sowie Partizipation der Zielgruppen	
Gesamtrisiko		2	3

*) Stufen: 1=gering, 2=mittel, 3=hoch, 4=sehr hoch

6.3 Testat

Die dargestellte TZ-Maßnahme und ihre Durchführungsmodalitäten entsprechen nach Prüfung alternativer Möglichkeiten der optimalen Relation zwischen verfolgtem Zweck der TZMaßnahme und einzusetzenden Mitteln. Die Länderstrategien und EZ-Programme sowie verbindliche thematische Steuerungsdokumente des BMZ wurden bei der Planung berücksichtigt.